



Gemeindeverwaltungsverband
Markdorf



Satzung des Gemeindeverwaltungsverbandes Markdorf über die Erhebung von Gebühren für die Erstattung von Gutachten durch den Gutachterausschuss Linzgau- Gehrenberg vom 22.11.2021 (Gutachterausschussgebührensatzung)

Aufgrund der §§ 4, 59, 60 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) in Verbindung mit den §§ 2, 11, 12 des Kommunalabgabengesetzes für Baden-Württemberg (KAG) hat die Verbandsversammlung des Gemeindeverwaltungsverbandes Markdorf am 22.11.2021 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Gebührenpflicht

- (1) Der Gemeindeverwaltungsverband Markdorf erhebt für die Erstattung von Gutachten durch den Gutachterausschuss Linzgau-Gehrenberg und für Leistungen der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses Gebühren.
- (2) Soweit die Leistungen, die den in dieser Satzung festgelegten Gebühren zu Grunde liegen, umsatzsteuerpflichtig sind, wird zu der Gebühr die Umsatzsteuer in der jeweils gesetzlichen Höhe hinzugerechnet.
- (3) Diese Satzung ist nicht anzuwenden, wenn der Gutachterausschuss oder dessen Geschäftsstelle von einem Gericht oder der Staatsanwaltschaft zu Beweis Zwecken herangezogen wird.
- (4) Die Satzung gilt in den beteiligten Kommunen: Stadt Markdorf und den Gemeinden Bermatingen, Deggenhausertal, Oberteuringen, Frickingen, Heiligenberg, und Salem.

§ 2 Gebührensschuldner, Haftung

- (1) Gebührensschuldner ist, wer die Leistung veranlasst oder in wessen Interesse sie vorgenommen wird.
- (2) Mehrere Gebührensschuldner haften als Gesamtschuldner.
- (3) Neben dem Gebührensschuldner haftet, wer die Gebührensschuld durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Gutachterausschuss übernommen hat; dies gilt auch für denjenigen, der für die Gebührensschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.

§ 3 Gebührenmaßstab

- (1) Die Gebühren für Wertermittlungen des Gutachterausschusses werden vorbehaltlich der Absätze 5, 6, 7 und 8 nach dem ermittelten Wert der Sachen und Rechte, bezogen auf den Zeitpunkt des Abschlusses der Wertermittlung, erhoben.
- (2) Sind im Rahmen einer Wertermittlung mehrere Sachen oder Rechte, die sich auf ein Grundstück oder ein grundstücksgleiches Recht beziehen, zu bewerten, so ist die Gebühr aus der Summe der maßgeblichen Werte der einzelnen Gegenstände zu berechnen. Gleiches gilt, wenn Wertminderungen zu berücksichtigen, Wertunterschiede auf der Grundlage unterschiedlicher Grundstückseigenschaften zu ermitteln oder mehrere gleichartige unbebaute Grundstücke zu bewerten sind. Von dieser Regelung ausgenommen sind die Gebühren für mehrere Eigentumswohnungen auf einem Grundstück, die sich nach § 4 Abs. 3 berechnen.
- (3) Sind Wertermittlungen für Sachen oder Rechte auf unterschiedliche Stichtage durchzuführen, so wird für jeden Stichtag eine Gebühr berechnet. Für den höchsten Verkehrswert nach Abs. 1 wird die volle Gebühr erhoben. Für jeden weiteren Verkehrswert wird die Hälfte der anrechenbaren Gebühr nach § 4 berechnet. Sind die tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse antragsgemäß unverändert, wird hierfür ein Viertel der anrechenbaren Gebühr nach § 4 erhoben.
- (4) Wird der Wert eines Miteigentumsanteils ermittelt, der nicht mit Sondereigentum nach dem Wohnungseigentumsgesetz verbunden ist, so wird die Gebühr aus dem Wert des gesamten Grundstücks berechnet.
- (5) Bei Wertermittlungen im Umlegungsverfahren auf Antrag der Umlegungsstelle bildet der Wert der Verteilungsmasse die Bemessungsgrundlage für die Gebührenfestsetzung.
- (6) Für die Ermittlung besonderer Bodenrichtwerte (§ 196 Abs. 1 Satz 5 BauGB) und für die Erstattung von Gutachten nach § 5 Abs. 2 Bundeskleingartengesetz v. 01. September 2001 werden die Gebühren nach Verwaltungsaufwand nach § 4 Abs. 5 erhoben. Mindestgebühr 450,00 Euro.
- (7) Veranlasst der Antragsteller den Gutachterausschuss oder dessen Geschäftsstelle nach Abschluss der Wertermittlung zu einer Erörterung von Gegenvorstellungen ohne Auswirkungen auf die Wertaussage des Gutachtens, werden hierfür Gebühren nach Verwaltungsaufwand nach § 4 Abs. 5 erhoben.
- (8) Für zusätzlichen Aufwand (wie z.B. zusätzliche Besprechungen auf Veranlassung des Antragstellers, zusätzliche Ausarbeitung auf Veranlassung des Antragstellers, zusätzlicher Ortstermin), werden hierfür Gebühren nach Verwaltungsaufwand nach § 4 Abs. 5 erhoben.

§ 4 Gebührenhöhe

- (1) Bei der Wertermittlung von Sachen und Rechten wird die Gebühr wie folgt bestimmt:

Wert nach § 3 über		Grundbetrag		Zuschlag
0 Euro	bis	25.000 Euro	1.100,00 Euro	
25.000 Euro	bis	100.000 Euro	1.100,00 Euro	zzgl. 0,4 % aus dem Betrag über 25.000 Euro

100.000 Euro	bis	250.000 Euro	1.400,00 Euro	zzgl. 0,25 % aus dem Betrag über 100.000 Euro
250.000 Euro	bis	500.000 Euro	1.770,00 Euro	zzgl. 0,2 % aus dem Betrag über 250.000 Euro
500.000 Euro	bis	2.000.000 Euro	2.280,00 Euro	zzgl. 0,15 % aus dem Betrag über 500.000 Euro
2.000.000 Euro	bis	5.000.000 Euro	4.530,00 Euro	zzgl. 0,08 % aus dem Betrag über 2.000.000 Euro
über 5.000.000 Euro			6.945,00 Euro	zzgl. 0,05 % aus dem Betrag über 5.000.000 Euro zzgl. 19 % Mehrwertsteuer

- (2) Bei geringem Aufwand (Kleinbauten, zum Beispiel Garagen oder Gartenhäuser) oder wenn dieselben Sachen oder Rechte innerhalb von drei Jahren erneut zu bewerten sind, ohne dass sich die Zustandsmerkmale (§ 4 Abs. 2 ImmoWertV) geändert haben, ermäßigt sich die Gebühr um 30 %.
- (3) Sind im Rahmen eines Wertermittlungsauftrags in einem Gebäude mehrere Eigentumswohnungen zu bewerten, so wird für die Eigentumswohnung mit dem höchsten Verkehrswert nach § 3 Abs.1 die volle Gebühr erhoben. Für jede weitere Wertermittlung ermäßigt sich die Gebühr um 20 %.
- (4) In den Gebühren ist eine Ausfertigung des Gutachtens für den Antragsteller und eine weitere für den Eigentümer enthalten. Ist der Antragsteller nicht Eigentümer oder Teil der Eigentümergemeinschaft, erhält der Eigentümer oder die Eigentümergemeinschaft eine weitere Ausfertigung. Für jede weitere Ausfertigung – auch auf Grund gesetzlicher Vorschriften, werden Gebühren in Höhe von 25,00 Euro / Stück berechnet.
- (5) Gebühren nach Verwaltungsaufwand im Zeithonorar:
Für Leistungen des Gutachterausschusses oder der Geschäftsstelle, die in dieser Satzung nach der Zeitdauer der Bearbeitung der Leistung berechnet werden, bemisst sich die Höhe der Gebühr nach der Bearbeitungszeit, die in Zeiteinheiten (ZE) gemessen wird. Eine ZE beträgt 15 Minuten. Angebrochene ZE sind dabei bis zur Hälfte (das heißt bis 7:30 Min.) auf die vorausgehende volle Zahl der ZE abzurunden und angebrochene ZE über der Hälfte (ab 7:31 Min.) auf die nächstfolgende volle Zahl der ZE aufzurunden. Je ZE wird eine Gebühr in Höhe von 14,00 Euro erhoben.
- (6) Gebühren für schriftliche Bodenrichtwertauskünfte:
- Einfache schriftliche Bodenrichtwertauskunft (ohne Lageplan) 30,00 Euro
 - Erweiterte schriftliche Bodenrichtwertauskunft (ggf. mit Lageplan und Auszug aus dem Bebauungsplan) nach Verwaltungsaufwand § 4 Abs. 5
- (7) Gebühren für Auskünfte aus der Kaufpreissammlung:
Im Vergleichswert- oder Auswahlverfahren nach Verwaltungsaufwand § 4 Abs. 5
- (8) Gebühren für den Grundstücksmarktbericht:
Printausgabe oder digitale Übermittlung
bei Versand zzgl. Versandkosten
- | | |
|---|------------------------------------|
| 35,00 Euro
(gemäß Änderungssatzung in Anlage) | 25,00 Euro
2,50 Euro |
|---|------------------------------------|
- (9) Für besondere Leistungen bei der Ermittlung der Grundlagendaten, die für die Erstattung eines Gutachtens erforderlich sind, wie z.B. örtliche Aufnahme der Gebäude, ein örtliches Aufmaß der bewertungsrelevanten Flächen oder Erstellung / Ergänzung

maßstabsbezogener Pläne durch den Gutachterausschuss oder die Geschäftsstelle werden Gebühren nach Verwaltungsaufwand nach § 4 Abs. 5 erhoben.

(10) Für sonstige Leistungen der Geschäftsstelle werden Gebühren nach Verwaltungsaufwand nach § 4 Abs. 5 erhoben.

(11) **Neu! Absatz 11 in der Anlage - Satzungsänderung zum 21.11.2024**

§ 5

Rücknahme eines Antrags

- (1) Wird ein Antrag auf Erstattung eines Gutachtens zurückgenommen, bevor der Gutachterausschuss einen Beschluss über den Wert eines Gegenstandes gefasst hat, so wird eine Gebühr nach dem Bearbeitungsstand von bis zu 90 % der vollen Gebühr erhoben. Wird ein Antrag erst nach dem Beschluss zurückgenommen, so entsteht die volle Gebühr.
- (2) Wird ein Antrag auf Erstellung einer sonstigen Leistung des Gutachterausschusses oder dessen Geschäftsstelle zurückgenommen, so wird eine Gebühr nach dem Bearbeitungsstand von bis zu 90 % der vollen Gebühr erhoben.
- (3) Ändert der Antragsteller während der Bearbeitung des Gutachtens den Gutachtenauftrag (z.B. Änderung des Wertermittlungstichtags, Änderung des Wertermittlungsgegenstandes), so wird der hierdurch veranlasste Mehraufwand nach Verwaltungsaufwand nach § 4 Abs. 5 zusätzlich zu der Gebühr nach § 4 Abs.1 erhoben.

§ 6

Besondere Sachverständige, erhöhte Auslagen

- (1) Werden mit Zustimmung des Antragstellers besondere Sachverständige bei der Wertermittlung zugezogen, so hat der Gebührenschuldner die hierdurch entstehenden Auslagen neben den Gebühren nach dieser Satzung zu entrichten.
- (2) Soweit die sonstigen Auslagen das übliche Maß übersteigen, sind sie neben der Gebühr zu ersetzen.
- (3) Für die Erstattung von Auslagen sind die für die Gebühren geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden.

§ 7

Entstehung und Fälligkeit

Die Gebühr entsteht mit der Beendigung der Wertermittlung oder der sonstigen Leistung, in den Fällen des § 5 mit der Rücknahme des Antrags. Die Gebühr wird einen Monat nach der Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig.

§ 8

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2022 in Kraft; gleichzeitig tritt die Gutachterausschussgebührensatzung vom 06.11.2014 nebst deren späteren Änderungen außer Kraft.

Ausgefertigt!

Markdorf, 22.11.2021

gez. Georg Riedmann
Verbandsvorsitzender

Hinweis:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber des Gemeindeverwaltungsverbands Markdorf (Verbandsverwaltung im Rathaus Markdorf) geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.



Gemeindeverwaltungsverband
Markdorf



Satzung zur

1. Änderung der Satzung des Gemeindeverwaltungsverbandes Markdorf über die Erhebung von Gebühren für die Erstattung von Gutachten durch den Gutachterausschuss Linzgau-Gehrenberg vom 22.11.2021 (Gutachterausschussgebührensatzung)

Aufgrund der §§ 4, 59, 60 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) in Verbindung mit den §§ 2, 11, 12 des Kommunalabgabengesetzes für Baden-Württemberg (KAG) hat die Verbandsversammlung des Gemeindeverwaltungsverbandes Markdorf am 20.11.2024 folgende Satzung zur 1. Änderung der Satzung des Gemeindeverwaltungsverbandes Markdorf über die Erhebung von Gebühren für die Erstattung von Gutachten durch den Gutachterausschuss Linzgau-Gehrenberg (Gutachterausschussgebührensatzung) beschlossen:

Artikel 1

§ 4 Abs. 8 erhält folgende Fassung:

<i>„Gebühren für den Grundstücksmarktbericht: Printausgabe oder digitale Übermittlung bei Versand zzgl. Versandkosten</i>	<i>35,00 Euro 2,50 Euro</i> “
---	-----------------------------------

Artikel 2

In § 4 wird folgender Abs. 11 eingefügt:

„Für die Bewertung von Nießbrauchrechten, Wohnrechten und sonstigen Belastungen in Abt. II des Grundbuchs werden Gebühren nach Verwaltungsaufwand nach § 4 Abs. 5 erhoben.“

Artikel 3 Inkrafttreten

Die 1. Änderung der Satzung des Gemeindeverwaltungsverbandes Markdorf über die Erhebung von Gebühren für die Erstattung von Gutachten durch den Gutachterausschuss Linzgau-Gehrenberg (Gutachterausschussgebührensatzung) tritt am 01.01.2025 in Kraft. Alle übrigen Bestimmungen der Gutachterausschussgebührensatzung vom 22.11.2021 bleiben unberührt.

Ausgefertigt!

Markdorf, 21.11.2024

gez.

Georg Riedmann
Verbandsvorsitzender

Hinweis:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich oder elektronisch innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber des Gemeindeverwaltungsverbandes Markdorf (Verbandsverwaltung im Rathaus Markdorf) geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.